

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Busch, Marco - Bereich Steuern,
Dziuba-Busch, Ingrid - Bereich Um-
welt

Datum:
08.06.2023

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Umwelt und Haushalt entlasten - Einwegsteuer jetzt!" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2023, eingegangen am 08.06.2023)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
N	27.06.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	21.09.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg
Ö	01.11.2023	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Ö	23.11.2023	Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten
Ö	24.03.2025	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Ö	23.04.2025	Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten
N	06.05.2025	Verwaltungsausschuss
Ö	07.05.2025	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Umwelt und Haushalt entlasten - Einwegsteuer jetzt!" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2023, eingegangen am 08.06.2023)

Die ursprüngliche Vorlage VO/10716/23 wird für die Beratung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten fortgeschrieben und um eine umweltfachliche Stellungnahme unter I. ergänzt. Die Stellungnahme des Bereichs Steuern zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung am 24.03.2025 findet sich in dieser Vorlage unter II.

I.

Stellungnahme des Bereichs Umwelt zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten am 23.04.2025.

Ziel des Kreislaufwirtschaftsrechtes ist es, Abfälle zu vermeiden und Produkte und Stoffe möglichst im Kreislauf zu führen. Der gesamte Lebenszyklus von Produkten soll dabei be-

trachtet werden. Verpackungen haben in der Regel einen kurzen Lebenszyklus. Diese zu reduzieren ist daher sinnvoll.

Es wurde und wird über die EU und nationale Vorschriften der gesamte Lebensweg von der Herstellung bis zur Entsorgung betrachtet und zunehmend geregelt. Das betrifft zum einen die stoffliche Zusammensetzung des Produktes (Mindestrecycleanteile bis 2030/2040, Verbot bestimmter Stoffe, Minimierung der Größe und Verpackungsarten). Außerdem wird das Abfallmanagement (Recycling-Quote, Behandlung und die Produktverantwortung) geregelt. Die Herstellerverantwortung wurde erweitert und das Einwegkunststoffgesetz eingeführt.

Das **Einwegkunststofffondsgesetz** konkurriert von der Zielrichtung, Abfälle zu vermeiden, prinzipiell mit einer kommunalen Verpackungssteuer, ebenso die **Mehrwegpflicht** nach dem **Verpackungsgesetz**.

Um auch die **Hersteller** in die Verantwortung zu nehmen, ist das Einwegkunststofffondsgesetz der letzte Baustein zur Umsetzung der Einwegkunststoffrichtlinie. Ziel ist das achtlose Wegwerfen von Plastikabfällen in die Umwelt zu begrenzen und die Ressource „Kunststoff“ grundsätzlich nachhaltiger zu bewirtschaften. Mit der Regelung werden nach dem Verursacherprinzip die Hersteller dieser Kunststoff enthaltenden Einwegprodukte mit in die Verantwortung genommen. Sie sollen die Kosten für Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung, der Reinigung des öffentlichen Raums sowie von Sensibilisierungsmaßnahmen decken.

Das Gesetz tritt seit dem 16.05.2023 stufenweise in Kraft, wobei die Pflicht der Hersteller von Kunststoff enthaltenden Produkte zur Registrierung und zur Leistung der Abgabe in den Fonds später greifen wird.

Es ist praktisch eine Sonderabgabepflicht. Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffprodukten werden in die Verantwortung genommen, indem sie für diese Produkte eine entsprechende Abgabe in einen speziellen Fonds einzahlen. Die Registrierungspflicht gilt ab 2024, die Pflicht zur Leistung der Abgabe ab 2025. Die Höhe der Abgabe bemisst sich je nach der von ihnen in Verkehr gebrachten Art und Menge von Einwegkunststoffprodukten. Auf der anderen Seite erhält die öffentliche Hand aus dem Fonds Ersatz der ihr entstandenen Kosten für die Abfallbewirtschaftung.

Die Mehrwegpflicht verpflichtet den **Letztvertreiber** von Einweglebensmittelverpackungen aus Kunststoff und von Einweggetränkebechern aller Materialien, die jeweils erst beim Letztvertreiber mit Waren befüllt werden. Die Regelung greift also beim Verkauf von Speisen und Getränken zum Sofortverzehr oder zur Mitnahme. Verpflichtet sind daher alle Unternehmen, bei denen Speisen und Getränke zum Sofortverzehr vor Ort oder als Mitnahmegeschäft (To-Go-Bereich) in Einweglebensmittelkunststoffverpackungen oder Getränkebecher verpackt bzw. abgefüllt und an Endverbraucher*innen abgegeben werden. Beispiele hierfür sind Lieferdienste, Bäckereien, Restaurants, Bistros, Eiscafé, Kantinen, Cateringanbieter, Cafés, Imbisse aber auch Supermärkte, Tankstellen oder Lebensmittelgeschäfte. Letztvertreiber können aber auch Kinos oder Salatbars im Einzelhandel sein.

Kunden muss die Möglichkeit gegeben werden, ihre Speisen und Getränke neben der Einweglebensmittelverpackung aus Kunststoff und Einweggetränkebechern aller Art auch in einer Mehrwegverpackung bzw. einem Mehrwegbecher angeboten zu bekommen.

Gleichzeitig sind die Letztvertreiber verpflichtet, die Endverbraucher*innen in der Verkaufsstelle deutlich sicht- und lesbar durch Informationstafeln oder -schilder auf die Mehrwegmöglichkeit hinzuweisen. Im Falle einer Lieferung von Waren ist dieser Hinweis in den jeweils verwendeten Darstellungsmedien entsprechend zu geben.

Die Mehrwegangebotspflicht gilt auch, wenn die Speisen und Getränke direkt vor Ort verzehrt werden. Sofern ein Betrieb weniger als 5 Mitarbeiter*innen und weniger als 80 m² Verkaufsfläche hat und keine Mehrwegverpackungen bereitstellen möchte, muss die Mög-

lichkeit angeboten werden, die Speisen und Getränke in eigene Mehrwegbehältnisse befüllen lassen zu können.

Dennoch besteht auch hier die Verpflichtung, die Endverbraucher*innen in der Verkaufsstelle darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit des Verpackens in eigene Behältnisse besteht. Für Lieferdienste gilt dies entsprechend für die genutzten Darstellungsmedien.

Festzuhalten ist, dass der Aufwand zur Beseitigung der stetig zunehmenden Mengen an Einwegverpackungen auf kommunaler Ebene zunimmt. Das gilt sowohl mit Blick auf achtlos weggeworfenen Müll wie auch für die Reinigungsintervalle der öffentlich bereitgestellten Müllbehälter, die durch großvolumige Einwegverpackungen schneller gefüllt sind. Mit den Einnahmen aus einer Verpackungssteuer könnten diese erhöhten Reinigungskosten zum Teil abgedeckt werden.

Für eine bundeseinheitliche Regelung hat sich der Deutsche Städtetag ausgesprochen und will sich hierfür gegenüber der neuen Bundesregierung einsetzen, um kommunale Insellösungen und damit verbundene Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Abschließend wird auf das gemeinsame Schreiben des DEHOGA-Bezirksverbandes Lüneburg, des Handelsverbandes Harz-Heide e.V., der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stadt sowie der IHK Lüneburg-Wolfsburg vom 05.03.2025 hingewiesen (Anlage 3). In ihm warnen die Verbände vor der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer und schlagen alternative Maßnahmen vor, um das Ziel der Abfallvermeidung effektiv und wirtschaftsfreundlich zu gestalten.

II.

Stellungnahme des Bereichs Steuern zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung am 24.03.2025.

Ergänzend zur Stellungnahme vom 20.06.2023 möchte der Bereich Steuern der Stadtverwaltung folgende Aktualisierung beifügen:

Aktuelle Rechtsprechung

Mit Beschluss vom 27.11.2024 (BvR 1726/23) hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die Verfassungsbeschwerde gegen die Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) zurückgewiesen.

Mit der Verpackungssteuersatzung erhebt die Universitätsstadt Tübingen seit dem 1. Januar 2022 eine Steuer auf den Verbrauch nicht wiederverwendbarer Verpackungen sowie nicht wiederverwendbaren Geschirrs und Bestecks, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares take-away-Gericht oder -Getränk verkauft werden. Zur Entrichtung der Steuer ist der Endverkäufer von entsprechenden Speisen und Getränken verpflichtet.

Die Beschwerdeführerin betrieb ein Schnellrestaurant im Gebiet der Universitätsstadt Tübingen. Gegen die Besteuerung des Verbrauchs der von ihr verwendeten Einwegartikel stellte sie einen Normenkontrollantrag, den das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 24. Mai 2023 im Wesentlichen abgelehnt hat.

Die gegen diese Entscheidung gerichtete Verfassungsbeschwerde blieb ohne Erfolg. Insbesondere handelt es sich bei der Verpackungssteuer auch insoweit um eine „örtliche“ Verbrauchsteuer im Sinne des Art. 105 Abs. 2a Satz 1 Grundgesetz (GG), als der Verbrauch von Einwegartikeln beim Verkauf von „mitnehmbaren take-away-Gerichten oder -Getränken“ besteuert wird. Der mit der Verpackungssteuersatzung bezweckte Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen widerspricht auch keiner seit ihrem Inkrafttreten maßgeblichen Kon-

zeption des bundesrechtlichen Abfallrechts.

Umsetzung im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg

Die Umsetzung einer Verpackungssteuer im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg ist grundsätzlich durch die aktuelle Rechtsprechung möglich bzw. rechtmäßig. Ziel wäre, die Einwegverpackungen und somit das Gesamtvolumen von Abfällen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg nachhaltig zu reduzieren.

Eine Einführung der neuen Verpackungssteuer erfordert als komplexer und langfristiger Prozess eine sorgfältige Planung und intensive Vorbereitung. Neben den rechtlichen und administrativen Aspekten spielt dabei insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit sowie das Stakeholdermanagement eine entscheidende Rolle.

Eine neue Steuer trifft immer auf unterschiedliche Interessen und Betroffenheiten. Um Akzeptanz in der Gesellschaft zu schaffen und Widerstände zu minimieren, ist eine frühzeitige und transparente Kommunikation essenziell. Diese sollte die Information der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit und Zielsetzung der Steuer beinhalten und auch den Dialog mit relevanten Stakeholdern, wie Interessenverbänden (IHK, HWK, Dehoga etc.) sowie betroffene Betriebe. Insbesondere die Interessenverbände positionieren sich bereits gegenüber den Kommunen und Spitzenverbänden und bitten von einer Verpackungssteuer Abstand zu nehmen. Umso wichtiger wäre, durch umfassende Aufklärung und einen konstruktiven Austausch Vertrauen aufzubauen und Verständnis für die Maßnahme zu schaffen.

Folgende Betriebe könnten insbesondere von der Verpackungssteuer betroffen sein:

- Klassische Imbissgeschäfte wie bspw. Dönerverkauf, Currywurst und Pommes
- Systemgastronomie wie bspw. McDonald's, Burger King und Subway
- Supermärkte, Tankstellen mit Verkauf von Lebensmitteln, Bäckereien, Cafés, Gaststätten, Restaurants
- Lieferdienste
- Schul- und Betriebskantinen
- Automaten mit Kaffee, Tee, Kakao und Suppen

Dabei ist immer zu beachten, um welche Speise (sofortiger Verzehr möglich) und um welchen Garzustand (kalt, warm) es sich handelt, wie diese verpackt ist (Einweg oder Mehrweg) und ob Speise im Stadtgebiet oder auswärtig konsumiert wird.

Bedeutsam ist, dass die Verpackungssteuer vermutlich auch die Endkunden belasten könnte. Die betroffenen Betriebe würden zwar die Verpackungssteuer an die Hansestadt abführen, sie aber ggf. auf die Endkunden umlegen. Die Betriebe sind nicht verpflichtet, Mehrwegsysteme im Prozess zu etablieren. Dies könnte gesellschaftlich und wirtschaftlich sensible Auswirkungen haben, da sich Steuererhöhungen direkt auf das Konsumverhalten auswirken können.

Das finanzielle Steueraufkommen ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu prognostizieren, da die Höhe in Abhängigkeit zum Konsumverhalten steht. Es werden Erträge aus der Verpackungssteuer von rd. 750.000 € analog der Stadt Tübingen erwartet.

Im Hinblick auf die Etablierung der Verpackungssteuer ist festzuhalten, dass sie zusätzlich personelle Ressourcen seitens der Hansestadt erfordern würde. Die Prozesse zur Erhebung, Kontrolle und Durchsetzung der Verpackungssteuer müssen effizient und praktikabel gestaltet werden, um eine reibungslose Umsetzung für alle Betroffenen zu gewährleisten.

Insgesamt zeigt sich, dass die Entscheidung über eine Einführung der neuen Verpackungssteuer weit über die reine Etablierung hinausgeht. Sie erfordert einen strategischen, gut durchdachten Ansatz, der sowohl die verwaltungsinternen Herausforderungen als auch die öffentliche Wahrnehmung aktiv berücksichtigt.

Der Fachbereich Finanzen wird entsprechend am 24.03.2025 im Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung zum Thema Verpackungssteuer präsentieren.

Anlagen:

1. Antrag "Umwelt und Haushalt entlasten - Einwegsteuer jetzt!" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2023, eingegangen am 08.06.2023)
2. Stellungnahme der Verwaltung vom 20.06.2023
3. Schreiben DEHOGA, Handelsverband Harz-Heide, Handwerkskammer und IHK Lüneburg-Wolfsburg vom 05.03.2025

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Bereich 21 - Steuern

Fachbereich 2 - Finanzen

DEZERNAT II

DEZERNAT III

Bereich 31 - Umwelt



Beigeordneter Ulrich Blanck

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
- Rathaus -

21335 Lüneburg

Dahlenburger Landastr. 179a
21337 Lüneburg

18. Mai 2023

Antrag zur Ratssitzung

Umwelt und Haushalt entlasten – Einwegsteuer jetzt!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Hansestadt Lüneburg beantrag, der Rat möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftrag eine örtliche Verbrauchssteuer auf gastronomische Einweg Verpackungen zu konzipieren und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen**

Begründung:

Die seit Jahren kontinuierlich steigende Menge an Verpackungsmüll belastet unsere Umwelt- und CO2 Bilanz. Diese Belastung ist vermeidbar bzw. im großen Umfang reduzierbar durch die Lenkungseffekte einer Erhebung der örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg Verpackungen. Neben diesen positiven Aspekten wird außerdem der Reinigungsaufwand verringert und das Stadtbild verbessert. Seit dem 3. Juli 2021 gilt die Einwegkunststoffverbotsverordnung und seit Anfang 2023 die Mehrwegangebotspflicht, jedoch steigen die Abfallmengen augenscheinlich weiter an, so dass es weitere Maßnahmen zur effektiven Aufkommensreduzierung bedarf.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

01R/

über Dez. I

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Umwelt und Haushalt entlasten – Einwegsteuer jetzt“ vom 18.05.2023

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, dass der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließen möge:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine örtliche Verbrauchssteuer auf gastronomische Einwegverpackungen zu konzipieren und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Weggeworfene „to go“ und „take away“ Verpackungen sind in den letzten Jahren bundesweit zu einem unschönen und die Umwelt belastenden Problem geworden. Das hat die Universitätsstadt Tübingen dazu veranlasst, gastronomische Einwegverpackungen zu besteuern, um so die erheblichen Kosten für die Müllentsorgung des öffentlichen Raums zumindest teilweise durch die Verursacher:innen begleichen zu lassen und Einnahmen für den städtischen Haushalt zu erzielen. Ein weiteres Ziel ist die deutliche Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der zu entsorgenden Müllberge. Damit geht eine Lenkungswirkung der Verpackungssteuer hin zur Verwendung von Mehrwegsystemen einher.

Zwar habe gemäß einer Studie die Verpackungssteuer die Müllmenge nicht messbar reduziert, Mehrwegangebote von Restaurants und Cafés aber stimuliert. Dies kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die Einführung der Verpackungssteuer den gewünschten Effekt erzielt.

Gegen die in Tübingen geltende Verpackungssteuer hatte die Betreiberin einer McDonald's-Filiale, unterstützt von dem Fast-Food-Konzern, geklagt.

Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hatte am 29.03.2022 noch entschieden (2 S 3814/20), dass die Satzung der Universitätsstadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer gegen höherrangiges Recht verstößt (Art. 105 Abs. 2a Satz 1 GG, keine örtliche Verbrauchssteuer) und im Widerspruch zum Abfallrecht des Bundes steht (namentlich zu den Vorgaben im Kreislaufwirtschaftsgesetz).

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat nun demgegenüber in seiner Entscheidung vom 24.05.2023 (BVerwG 9 CN 1.22 - Urteil vom 24. Mai 2023 – 240523 U 9 CN 1.22.0 – die kommunale Verpackungssteuer in Tübingen im Wesentlichen für rechtmäßig erklärt.

Für eine Abgabensatzung auf Einwegverpackungen wäre damit grundsätzlich der Weg frei.

McDonald's bedauerte die Entscheidung des Gerichts und kündigte an, dass die Franchise-Nehmerin eine Verfassungsbeschwerde prüfen, aktuell aber erst einmal die schriftliche Begründung des Gerichts abwarten wolle.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung ebenfalls zunächst die Urteilsbegründung des BVerwG abzuwarten und auszuwerten, um eine rechtssichere Ausgestaltung einer

Satzung zu gewährleisten. Von Bedeutung wäre zudem, ob diese Angelegenheit noch zum Bundesverfassungsgericht geht.

Ferner ist zu prüfen, ob eine örtliche Verpackungssteuer nicht im Widerspruch zur Einführung und Umsetzung des Einwegkunststoffgesetzes im Sinne einer Doppelbelastung steht.

Das Einwegkunststoffgesetz stellt den vorerst letzten Schritt zur Umsetzung der EU-Einwegkunststoffrichtlinie dar. Es geht um die Umsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung nach Artikel 8. Hiernach ist für To-Go-Lebensmittelbehältnisse, Tüten- und Folienverpackungen, Getränkebecher- und -behälter, leichte Tragetaschen, Feuchttücher, Luftballons sowie Tabakfilter(produkte) die erweiterte Herstellerverantwortung einzuführen. Nach den europäischen Vorgaben sollen die Hersteller dieser Einwegkunststoffprodukte künftig bestimmte Kosten der Entsorgung und Reinigung im öffentlichen Raum tragen, die bislang von der Allgemeinheit finanziert werden.

Das Gesetz tritt seit dem 16.05.2023 stufenweise in Kraft tritt. Die Abgabe für in Verkehr gebrachte Produkte aus Einwegkunststoff haben die Hersteller erstmals im Frühjahr 2025 zu leisten und zwar auf der Basis der im Kalenderjahr 2024 in Verkehr gebrachten Produktmenge. Die konkrete Höhe der Abgabesätze für die Hersteller sowie das Auszahlungssystem an die Kommunen und sonstigen Anspruchsberechtigten werden aktuell durch eine Rechtsverordnung festgelegt. Danach können öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und juristische Personen des öffentlichen Rechts im Herbst 2025 aus dem Einwegkunststofffonds Geld für die in 2024 erbrachten abfallwirtschaftlichen Leistungen erhalten.

Nach den am 30.11.22 veröffentlichten Ergebnissen durch das Umweltbundesamt (UBA) zum entsprechenden Forschungsvorhaben werden die Einnahmen des Fonds auf 434 Millionen Euro jährlich geschätzt. Zudem schlägt das UBA nun auf Basis seiner Studie vor, für jede Plastikproduktgruppe eigene Kostensätze einzuführen: Für Einwegbecher aus Plastik wären dann eine Abgabe von 1,23 Euro/kg vorgesehen, für kunststoffhaltige Filter von Zigaretten müssten die Hersteller laut UBA sogar 8,95 Euro/kg in den Einwegkunststofffonds zahlen.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die Auswirkungen bestimmter Einwegkunststoffprodukte auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu vermeiden oder zumindest zu vermindern sowie innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle, Produkte und Werkstoffe zu fördern.

Die Verwaltung sucht aktuell den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen, welche die Einführung einer solchen Steuer planen. Die Verwaltung wird bei einem antragsgemäßen Beschluss zu gegebener Zeit berichten bzw. eine Abgabensatzung konzipieren und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Gez.
R. Müller

7. MRZ. 2025

Frau
Claudia Kalisch
Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg
Rathaus Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

05.03.2025

Warnung vor einer Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

nach dem kürzlich ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) prüfen vereinzelt Kommunen die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer nach dem Vorbild Tübingens. In der Landeszeitung für die Lüneburger Heide (25.02.2025) wurden auch Sie entsprechend zitiert.

Wir teilen das Ziel, Verpackungsmüll zu reduzieren und nachhaltige Alternativen zu fördern. Eine zusätzliche kommunale Steuer halten wir jedoch für den falschen Weg, da sie Unternehmen wirtschaftlich belastet, bürokratische Hürden schafft und ihre ökologische Wirksamkeit nicht ausreichend belegt ist. Eine Untersuchung der Universität Tübingen zeigt bereits erste Zweifel an der tatsächlichen Wirkung der Steuer.

Von einer kommunalen Verpackungssteuer wären insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und die Lebensmittelbranche betroffen, die heute bereits unter besonderem wirtschaftlichem Druck stehen – sei es durch die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie, steigende Energie- und Personalkosten oder die Rückkehr zur regulären Mehrwertsteuer auf Speisen. Eine zusätzliche Steuer würde ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächen und die zunehmende Zahl an Leerständen in Innenstädten weiter verschärfen.

Zudem befürchten unsere Mitgliedsunternehmen eine spürbare Wettbewerbsverzerrung, wenn Kunden in benachbarte Orte ohne kommunale Verpackungssteuer abwandern. Dies würde nicht nur die Umsätze der Unternehmen hier, sondern auch die Einnahmen und damit das Steueraufkommen der Stadt schmälern.

Hinzu kommt das seit 2025 in Kraft getretene Einwegkunststofffondsgesetz auf Bundesebene, das bereits eine verpflichtende finanzielle Beteiligung der Hersteller von Einwegkunststoffen an den Entsorgungskosten vorsieht. Durch diesen Fonds fließen Mittel direkt an die Kommunen, um etwa Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -entsorgung zu finanzieren. Eine zusätzliche kommunale Steuer würde Unternehmen einer doppelten finanziellen Belastung aussetzen, ohne dass deren Wirksamkeit vollumfänglich gesichert ist. Zudem plant die EU in Zukunft weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung von Einwegkunststoffen im Kontext des Green Deals und der

Kreislaufwirtschaft (EU-Verpackungsverordnung, PPWR). Diese streben eine überregionale Harmonisierung an und würden kommunale Sonderwege überflüssig machen.

Anstelle einer kommunalen Steuer schlagen wir alternative Maßnahmen vor, um die Abfallvermeidung effektiv und wirtschaftsfreundlich zu gestalten.

Dazu gehören:

- I. Förderung von Mehrwegsystemen durch finanzielle Anreize für Unternehmen und den Ausbau zentraler Rückgabe- und Reinigungsstrukturen.
- II. Informations- und Beratungsangebote, die Unternehmen unterstützen, nachhaltige Verpackungslösungen umzusetzen.
- III. Pilotprojekte mit freiwilliger Beteiligung, um praxistaugliche und nachhaltige Lösungen zu erproben, bevor verpflichtende Maßnahmen eingeführt werden.

Die regionale Wirtschaft steht bereit, sich aktiv an der Entwicklung solcher Konzepte zu beteiligen, um gemeinsam mit der Stadt Lüneburg nachhaltige Lösungen zu erarbeiten, die sowohl die Umwelt als auch die Unternehmen stärken und Bürokratie vermeiden.

Wir bitten Sie die von uns aufgeführten Aspekte in Ihre Prüfung einzubeziehen, von der Einführung einer Verpackungssteuer abzusehen und stattdessen auf kooperative und wirtschaftsfreundliche Alternativen zu setzen. Für einen konstruktiven Austausch stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz-Georg Frieling
Geschäftsführer
DEHOGA-Bezirksverband Lüneburg



Matthias Steffen
Hauptgeschäftsführer
Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade

Hauptgeschäftsführer
Handelsverband Harz-Heide e.V.



Michael Zeinert
Hauptgeschäftsführer
IHK Lüneburg- Wolfsburg